

Pressemitteilung vom 08.01.2026

2026 muss ein Jahr der Entscheidungen werden – nicht der Verrostungen

Bauernbund Sachsen-Anhalt fordert klare agrarpolitische Weichenstellungen im Wahljahr

Zum Auftakt des Wahljahres 2026 haben sich Vertreter des Bauernbundes Sachsen-Anhalt e.V. mit Landwirtschaftsminister Schulze, Staatssekretär Zender sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Forsten zu einem Neujahrs gespräch getroffen.

Präsident **Martin Dippe** machte dabei deutlich, wie angespannt die wirtschaftliche Lage vieler landwirtschaftlicher Betriebe ist. Sinkende Milchpreise infolge des massiven Drucks des Lebensmitteleinzelhandels, insgesamt unzureichende Erzeugerpreise und weiterhin extrem hohe Produktionskosten bringen zahlreiche Betriebe zunehmend an ihre Grenzen.

Mit Blick auf das erneut diskutierte **Mercosur-Abkommen** stellte der Bauernbund klar: Die heimische Landwirtschaft darf nicht einzig zur Verhandlungsmasse für Vorteile anderer Wirtschaftsbereiche werden und dabei „hinten runterfallen“. Der Verband erwartet von der Bundesregierung klare Schutzmechanismen für inländische Betriebe, die unter stetig steigenden Standards für Umwelt und Verbraucher, welche kostensteigernd wirken, wirtschaften. Ein „fairer Handel“ ist es nur, wenn vergleichbare Standards gelten!

Agrarpolitische Weichenstellungen mit hoher Dringlichkeit

Im weiteren Austausch benannte der Bauernbund zentrale Themen, bei denen in absehbarer Zeit klare politische Entscheidungen erforderlich sind:

Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028

Die Basisprämie muss als zentrale Einkommensstütze erhalten bleiben. Sie muss einfacher, weniger bürokratisch und planbar ausgestaltet werden. Kürzungen oder ein Wegfall des Zwei-Säulen-Modells wären für viele Betriebe existenzbedrohend und nicht hinnehmbar.

Düngeverordnung und „Rote Gebiete“

Nach aktuellen Gerichtsurteilen fordert der Bauernbund eine grundlegende Neubewertung der Gebietsausweisung. Erforderlich sind dabei die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips, belastungsbezogene Differenzierungen und eine praxistaugliche Methodik. Das gemeinsam von Bauernbund, Bauernverband und dem Arbeitskreis ökologische Landwirtschaft entwickelte Bewertungsmodell bietet hierfür eine tragfähige Lösung.

EU-Naturwiederherstellungsverordnung

Die geplante EU-Naturwiederherstellungsverordnung ist aus Sicht des Bauernbundes nicht notwendig und birgt erhebliche zusätzliche Belastungen für die landwirtschaftlichen Betriebe. Der Verband fordert die Landesregierung Sachsen-Anhalts auf, sich klar und unmissverständlich gegen die Umsetzung dieser Verordnung zu positionieren.

Bodenmarkt und Flächenmanagement

Der Bauernbund erwartet klare politische Leitplanken gegen den zunehmenden Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren und den Entzug landwirtschaftlicher Flächen zugunsten anderer Nutzungen. Ackerland ist die zentrale Produktionsgrundlage und muss aktiven, ortsansässigen Landwirten erhalten bleiben. Dazu gehört auch eine Überarbeitung der BVVG-Flächenmanagementgrundsätze und eine langfristige Entscheidung zum Umgang mit den verbleibenden BVVG-Flächen.

Abschließend verwies Präsident Dippe auf den Verbandstag des Bauernbundes im Februar, bei dem im Vorfeld der Landtagswahl 2026 eine Podiumsdiskussion mit allen agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Landtag Sachsen-Anhalt stattfinden wird.

„2026 ist ein Jahr der Entscheidungen. Wir erwarten von Politik und Verwaltung klare Positionierungen und konkrete Beschlüsse zur Zukunft der Landwirtschaft – keine weiteren Ankündigungen, sondern Lösungen, die auf den Betrieben ankommen“, so Präsident Martin Dippe.